

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 255

13. März 2002

8. Jahrgang

Ixil-Jugend in der Krise (Teil 2)

Der interne bewaffnete Konflikt in Guatemala hat nicht nur jenen sein Erbe hinterlassen, die die Gewalt selbst miterlebt haben, sondern auch der heutigen Jugend. Obwohl sie zur Zeit der schlimmsten Gewaltperiode (1980-85) entweder Kleinkinder oder noch gar nicht geboren waren, haben ihre Eltern ihre Traumata weitergegeben. Schmerz, Verzweiflung und internalisierte Gewalt üben ihren Einfluss auf die neue Generation aus, manifestieren sich in Identitätskonflikten und erhöhter Selbstmordrate unter indigenen Jugendlichen.

Wir veröffentlichen im Folgenden den zweiten Teil eines Artikels, der in der Nummer 22/2001 des von NISGUA herausgegebenen *Report on Guatemala* erschienen ist.

Missverständnisse zwischen den Generationen

Die Meinungen der Ixil Jugendlichen und der Erwachsenen gehen in der Frage nach der Identität der Jugend auseinander. Einerseits schauen die Jugendlichen auf die Älteren als WegweiserInnen für angemessenes Verhalten, und sie anerkennen die traditionellen Konzepte, die festlegen, was es heisst, Ixil-Jugendliche/r zu sein. Aber in einer Umgebung voller Veränderungen und Möglichkeiten gestalten Ixil-Jugendliche neue Identitätsformen, die ihren Eltern und Grosseltern z.T. fremd sind und von diesen zurückgewiesen werden.

Erwachsene halten in der Regel am traditionellen Verständnis von Jugend fest, das auf Ixil-Praktiken basiert, wobei sie meist nicht bereit sind, neue Elemente in ihre Vorstellungen über die Jugend zu integrieren. Viele Erwachsene schauen recht nostalgisch auf ihre eigene Jugend zurück.

„Früher herrschte viel Unwissenheit über viele Dinge. Und es gab viel Respekt, denn unsere Eltern haben uns so erzogen. Jeder junge Mann, jede junge Frau gehorchte ihrem Vater. Wir hatten auch nur eine Religion. Es gab nicht viele Dinge. Nie haben wir Neuigkeiten gesehen, noch viel weniger einen Krieg... Wir waren damals sehr höflich, wir spazierten nachts herum, doch auf eine gute Art. Wir taten nie etwas mit dem Gedanken, jemanden zu verletzen oder zu ruinieren. Wir verkehrten miteinander auf eine sichere Art. Doch dann kam der Krieg und brachte viel Veränderung. In der Zeit von 1980 bis 1985 oder 1986 lebten die jungen Leute mit Terror und Bedrohungen. Aber auch damals haben sich die Jugendlichen nicht selbst umgebracht. Es war eine andere Zeit.“ – Örtliche Autorität, Interview in Nebaj.

Unterdessen anerkennen die Ixil-Jugendlichen den Wert, „Ixil zu sein“, wie es die Älteren definieren und leben meistens danach. Doch gleichzeitig möchten sie Zugang zu neuen Räumen und Modellen von „jung sein“, wie die Popkultur und ihre KollegInnen es ihnen vormachen.

In jeder Kultur machen Teenager eine Lebensphase durch, in der Autoritäten hinterfragt, Weltanschauungen entworfen, Unabhängigkeit erarbeitet und manchmal gegen die Eltern „rebelliert“ wird. Diese Entwicklungsmerkmale und die daraus resultierenden Konflikte zwischen den Generationen sind bei den *Ixiles* gemischt mit den soziokulturellen Veränderungen der letzten Jahrzehnte, v.a. mit der politischen Gewalt, dem Zustrom verschiedener religiöser Gruppen und dem zu-

nehmenden Zugang zu „westlichen“ Ideen.

Die heutigen Indígena-Jugendlichen treffen auf kulturelle Idole, Orientierungspunkte, Einflüsse und Prozesse von Zugehörigkeit, die ihre Eltern nie erlebt haben. Erwachsenen in Nebaj zu Folge waren traditionellerweise die Familie, Liebesbeziehungen, Arbeit, religiöse Gruppen, die Gemeinschaft (v.a. die Älteren) sowie für einige die Schule die hauptsächlichen Orientierungspunkte bezüglich Identitätsbildung der Jugendlichen. Für die heutige Jugend sind die FreundInnen, Liebesbeziehungen und die Schule, nicht unbedingt die Gemeinschaft oder die Familie, die primären Orte der kulturellen und sozialen Beeinflussung. Gemäss den Erwachsenen hat diese Veränderung das Bild der Jugendlichen von Gemeinschaft geschwächt.

Früher verbrachte die Ixil-Jugend einige Zeit mit Freizeitaktivitäten, doch die meiste Zeit widmete sie der Arbeit, der Familie und der Religion. Die Verpflichtungen für die Arbeit nebst den Eltern und der Fürsorge für jüngere Geschwister liessen den Jugendlichen wenig Zeit zum Schwatzen und Spassen mit KollegInnen. Zudem war die Zeit der „Jugend“ der *Ixiles* kurz, endete meistens mit der Heirat in den Jugendjahren. Dadurch, dass Teenager später heiraten hat sich das soziale Stadium der „Jugend“ ausgeweitet und erlaubt mehr unbeaufsichtigte Freizeit mit FreundInnen.

Ein neuer Zeitvertreib der heutigen Generation der *Ixiles* ist das „Rumhängen“ (*pasear*) mit FreundInnen auf der Strasse, was manchmal heisst, Mitglied einer Gang (*mara*) zu sein. Die Jugendlichen wie die Erwachsenen sind der Meinung, dass das häufige „Rumhängen“ eine der grössten Veränderungen zwischen den Generationen darstellt und ein Grund ist für das Abkühlen und die gelegentliche Desintegration emotionaler Beziehungen in den Familien.

Die kürzlichen Transformationen haben zu Spannungen zwischen den Generationen geführt, zu Missverständnissen und manchmal auch zu offensichtlicher Zurückweisung traditioneller Werte und Identität. Die Zunahme der Mitgliedschaft in Gangs sowie die Autorität, die dem KollegInnenkreis beigemessen wird, stehen einer Kultur, die traditionellerweise Respekt für die Älteren hoch schätzt, diametral gegenüber. Obwohl Ixil-Jugendliche ihre Kritik

an traditionellen sozialen Normen nicht explizit äussern, so hinterfragen sie doch das, was von ihnen erwartet wird mit ihren Haltungen, Diskursen und ihrem Verhalten. Sie antworten auf Bedürfnisse und Wünsche, die nicht in das traditionelle Verhaltensmodell passen, indem sie sich durch einen sich rasch verändernden Kontext manövrieren, was zunehmende Konfrontation mit nicht-indigenen Kulturen und Werten mit sich bringt.

Westliche Wünsche

Bis vor kurzem waren die drei untersuchten Gemeinden relativ isoliert von westlichen Einflüssen, die ins guatemaltekeische Leben eingedrungen sind. Während der schlimmsten Periode des bewaffneten internen Konflikts war die Region beinahe gänzlich von der „Aussenwelt“ abgeschnitten.

Ein zunehmender Technologie- und Informationsfluss markiert eine Nachkriegszeit, v.a. in Nebaj, in der die Leute durch Videos aus den USA, in Videospiele-Salons und durch Radioprogramme Zugang zur Popkultur haben. Evangelikale religiöse MissionarInnen, die gekommen sind, um die Leute zu „bekehren“, bringen ihre eigenen kulturellen Einstellungen, Werte und Lebensstile mit. Indem sie die traditionellen gewobenen Stoffe meiden, die Symbole aus der Ixil-Weltanschauung und -Religion zeigen, drängen sie die Bekehrten, auf westliche Kleidung umzustellen.

Sumal Grande, die am meisten abgelegene Gemeinde in der Untersuchung, hat keine Elektrizität und ist ausschliesslich über einen Fussweg mehrere Meilen von der nächsten Strasse entfernt erreichbar. Gefragt, was es brauche, um „die Gemeinde zu verbessern“, sprachen die dortigen Jugendlichen von Lockenstäben, Computern, aus den USA importierten Kleidern, elektrischen Gitarren und Saxophonen. In *Salquil* und *Nebaj* demonstrierten die Jugendlichen die Reichweite der Massenvermarktung, indem sie die Markennamen von Dingen, wie z.B. *Olympia*-Matratzen und Grossformat-Fernsehern von *Sony* mit Fernbedienung erwähnten.

Die Tatsache, dass die Ixil-Jugend zu einer Gruppe gehört, die versuchten Völkermord erlitten hat, liegt der Höherbewertung von äusseren Gütern und Ideen über ihre eigenen zu Grunde. Zudem werden die Jugendlichen in den Massenmedien mit Bildern und Werbungen konfrontiert, die westliche Lebensstile abbilden und Konsum und Individualismus glorifizieren. Sie erhalten die Botschaft, dass die ländli-

che, gemeinsame Lebensweise mangelhaft, unangebracht oder schlicht nicht „cool“ ist.

Die westlichen Wünsche der Teenager widersprechen in manchen Fällen dem traditionellen Lebensstil von Ixil-Gemeinschaften, schätzen ihn gering oder wetteifern mit ihm. Dadurch entfernen sich die Jugendlichen zunehmend von ihren Familien und Gemeinschaften. Gleichzeitig werden sie frustriert, da ihre wirtschaftliche Situation ihnen wohl nie den Zugang zum gewünschten Lebensstil erlauben wird.

Natürlich schliessen sich die *Ixiles* und die westliche Kultur und Sinnstruktur nicht gegenseitig aus; sie können koexistieren und sich überlappen, was sie auch tun. Ein junger Ixil-Mann, der Saxophon spielt, ist kein bisschen weniger „Ixil“ als einer, der Marimba spielt. Mayas können gleichzeitig „traditionell“ und „modern“ sein: Eine Ixil-Frau kann einen Computer benutzen, um die Lebensgeschichten ihrer Vorfahren festzuhalten.

Gleichwohl zeugt das Begehren westlicher Gegenstände und Charakteristika an Stelle der indigenen Eigenschaften und Überzeugungen, von einem hohen Grad internalisierter Diskriminierung und stellt eine tiefgreifende kulturelle Krise zwischen den Generationen dar. Eine Jugendliche, die sich selbst über traditionelle Kleidung definiert, doch gleichzeitig sich westlich kleiden möchte, hat zweifellos kulturelle und persönliche Abweisung zu ertragen, was zu einem psychologischen Trauma führen und die Suizidgefahr erhöhen kann.

Widerstreitende Identitäten

„*Ich möchte gerne gross sein mit blauen Augen*“ ... „*Ich bin eine indigene Frau, die traditionelle Kleidung trägt, und ich sollte mich meiner Kultur nicht schämen.*“ – Zwei Ixil-Jugendliche, Workshop in *Salquil Grande*

Die individuellen und kollektiven Selbstdefinitionen von Ixil-Jugendlichen beinhalten Paradoxe und Kontroversen. Sie sagen, sie seien gehorsam und ungehorsam oder würden dafür gehalten, respektvoll und beleidigend, verantwortungsvoll und apathisch. Die modernen Maya-Jugendlichen sind beides, stolz auf ihre Kultur und schämen sich ihrer, abwechselungsweise schätzen sie, wie sie sind und möchten anders sein. Obschon sie die ideale Lebensweise mit traditionellen Ixil-Normen beschreiben, handeln sie oft entgegen den Werten der Gemeinschaft. (...) Die Verwirrung über ihre eigene Identität und

deren Zurückweisung ist eine Facette der Gründe für Selbstmord von Jugendlichen.

Indigene Jugendliche werden einerseits vom Einfluss der Älteren und der Anziehungskraft der Tradition, andererseits vom Reiz der Popkultur und dem anti-indigenen Rassismus unter Druck gesetzt. Die Ixil-Jugendlichen beschreiben die Widersprüche zwischen dem, was sie zu Hause von der traditionellen Kindererziehung der Ixil-Familie lernen und dem, was sie in Beziehungen mit KollegInnen und in den Massenmedien entdecken. Gleichzeitig buhlen sich konkurrierende und gegenseitig ausschliessende religiöse Gruppen um die Seelen der Jugendlichen – zu einer Zeit, in der sie nach Sinn und Zugehörigkeit suchen. Angesichts dieser tiefgreifenden Konflikte müht sich die Ixil-Jugend damit ab, eine kohärente Identitätsstruktur für sich selbst zu entwickeln.

Moderne Ixil-Jugendliche wählen zwischen traditionellen Kleidern und westlichen Outfits, zwischen Gehorsam gegenüber den Älteren und der Zugehörigkeit zu Gangs. Sie versuchen, aus den wetteifernden Weltanschauungen schlau zu werden und herauszufinden, welche Version sie wählen oder wie sie die verschiedenen Teile zusammensetzen sollen. Die Art, wie sie die vielfältigen Aspekte ihrer Identität entwickeln, wird Auswirkungen auf die kommenden Ixil-Generationen haben.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Nahe bei Gott, weit entfernt von der Ökumene

Guatemala, 22. Feb. Unter dem Namen *Projekt Josua* führte der *Evangelikale Dienst für Lateinamerika* (SEPAL) letztes Jahr eine Untersuchung über die Religionszugehörigkeit der GuatemaltekenInnen durch. Im Rahmen der Untersuchung wurden 19'500 Haushalte in 43 Gemeinden befragt. Dabei sind einige interessante Ergebnisse herausgekommen:

Obwohl im Vergleich zur letzten Volksbefragung im Jahr 1991 die Zugehörigkeit zu einer evangelikalen Kirche leicht zugenommen hat, ist sie gesunken im Vergleich zum Jahr 1986. Daraus kann geschlossen werden, dass der evangelikale Boom der 80-er Jahre vorbei ist. 1986 gehörten 30% der guatemaltekenischen Bevölkerung einer evangelikalen Kirche an, 1991 waren es 21% und 2001 waren es 25,4%, also rund ein Viertel aller GuatemaltekenInnen.

Die Studie ergibt, dass sowohl die katholische wie die evangelikale Bevölkerung sehr instabil ist, was ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kirche betrifft. Rund 11% der *evangelicos* und rund 13 der KatholikInnen haben in der letzten sechs Monate vor der Befragung ihre Stammkirche gewechselt.

Etwa die Hälfte der *evangelicos* gehören der Pfingstgemeinde an, die anderen einer der unzähligen andern evangelikalen Kirchen.

Im Departement Huehuetenango liegen die Gemeinden mit dem je höchsten und niedrigsten Anteil an EvangelikalistInnen im ganzen Land (San Juan Atitán mit 53,85% und San Miguel Acatán mit 10%). Die vier Gemeinden mit der höchsten Anzahl EvangelikalistInnen sind alles Indígenagemeinden.

Leider gibt die SEPAL-Studie wenig Aufschluss über die Maya-Religion. Ebenfalls bedenklich ist, dass alle

Religionsformen ausser dem Katholizismus und dem Evangelikalismus als 'Sekte' bezeichnet werden. Darunter fallen entsprechend die Maya-Religion, die Mormonen und die Zeugen Jehovas.

Bezüglich der Frage der Maya-Religion argumentieren die Fachleute von SEPAL, dass es die von vielen Mayas gelebte Mischung verschiedener Religionen schwierig mache, die Bedeutung und den Einfluss der Maya-Spiritualität auszumachen. Viele der befragten Indígenas hätten sich als KatholikInnen oder EvangelikalistInnen bezeichnet, würden aber daneben an Maya-Zeremonien teilnehmen.

(Solch religiösen Vermischungen bzw. der Einbezug von Alltags- oder Politthemen in die religiöse Praxis machen übrigens nicht nur Angehörige der Maya-Spiritualität, sondern auch KatholikInnen. Über ein anschauliches Beispiel diesbezüglich berichtete Mitte Januar die *Prensa Libre*: An einer Zeremonie anlässlich der Fastenwochen vor dem Karneval wurden in einer Gemeinde neben den Dorfheiligen auch eine Figur von Osama bin Laden und den Zwillingstürmen in New York mitgetragen.)

Ein weiterer Schluss, den die SEPAL-Studie zieht, ist, dass von den Indígenas, die einer evangelikalen Kirche angehören, der grössere Teil AlphabetInnen ist. Erklärt wird diese Tatsache damit, dass die Leute ein Interesse hätten, lesen zu lernen, damit sie die Bibel verstehen könnten. Dies führte gar soweit, dass diverse evangelikale Kirchen überlegten, sich dem staatlichen Alphabetisierungsprogramm (CONALFA) anzuschliessen.

Trotz verschiedener Initiativen einer Annäherung der Religionen, glauben Fachleute nicht, dass in absehbarer Zeit eine gemeinsame Arbeit der evan-

gelikalen und katholischen Kirche mit den verschiedenen Formen traditioneller Maya-Spiritualität stattfinden wird. Erklärt wird diese Annahme damit, dass es keine Einheit innerhalb der verschiedenen religiösen Institutionen gibt.

Innerhalb der katholischen Kirche gibt es eine Strömung, die den indigenastämmigen katholischen Priestern, die sich für eine Zusammenarbeit der verschiedenen Religionen einsetzen, den Weg versperren will. Auf der anderen Seite durchlaufen Maya-PriesterInnen oft eine Identitätskrise, da sie sich gezwungen fühlen, sich zwischen dem einen oder andern Glauben zu entscheiden.

Die Zersplitterung der rund 18'000 evangelikalen Kirchen hingegen wird zu einem gewissen Grad aufgefangen durch die Arbeit der *Evangelikalen Allianz* und der SEPAL. So ist es auch immer wieder möglich, dass Vertreter evangelikaler Kirchen in ein Regierungsamt gewählt werden. Viele WählerInnen folgen der Kampagne ihrer Kirchen, fühlen sich aber im Nachhinein oft von 'ihren' Kandidaten betrogen, wenn diese einmal an der Macht sind.

Es besteht auch eine grosse Diskrepanz zwischen dem eher moderaten Diskurs nationaler Vertreter der evangelikalen Kirchen und ihren Wortführern im Landesinnern. In verschiedenen Fällen von Lynchjustiz ist bekannt, dass die evangelikalen Pfarrer und die evangelikalen Radiosender latente Konflikte geschürt hätten.

Solange die evangelikalen Kirchen die Maya-Spiritualität nicht als eine Religion akzeptieren und sich die Katholische an deren Offenheit stört, wird es auch in Zukunft schwierig sein, einen gemeinsamen Nenner zu finden, um eine ökumenische Arbeit voranzutreiben.

Morddrohungen gegen MitarbeiterInnen der FAFG

Guatemala, 8. März. Am 21. Februar erhielt das Büro der Stiftung für forensische Anthropologie (FAFG) einen computergeschriebenen Brief in zehnfacher Ausführung mit Morddrohungen. Gerichtet waren diese Drohungen gegen vier MitarbeiterInnen der FAFG, zwei des Zentrums für forensische Anthropologie und angewandte Wissenschaft (CAFCA) und ehemalige Angestellte der beiden Institutionen. Beide Organisationen arbeiten im Bereich der Exhumierungen von klandestinen Friedhöfen und Massengräbern.

Im Brief hiess es: „Die Toten sind tot und tot werden sie bleiben. In einem

Krieg gibt es keine Verantwortlichen und ihr habt nicht das Recht zu richten. Wir lassen nicht zu, dass ein Prozess geführt wird auf Grund einer von euch durchgeführten Exhumierung, vorher bringen wir euch um“.

Am 6. März wurden zwei Angestellte der FAFG auf dem Arbeitsweg von zwei Männern angehalten, sie wurden mit einer Waffe bedroht und gezwungen, ein Funktelefon auszuhändigen. Auf diesem waren diverse Telefonnummern gespeichert. Einen Tag später erhielten fünf der im Brief erwähnten Personen erneut Morddrohungen - per Telefon.

Laut Fredy Peccerelli, Direktor der FAFG, kommt die Drohung von Personen oder Gruppierungen, die befürchten, aufgrund der Exhumierungen vor Gericht gebracht und zur Verantwortung gezogen zu werden.

Im Moment arbeitet die FAFG an einem Projekt, das aufgrund der Empfehlungen der Wahrheitskommission (CEG) gestartet wurde. Seit 1992 war die FAFG an der Exhumierung von 191 klandestinen Friedhöfen oder Gräber beteiligt und hat Überreste von über 2000 Personen ausgegraben, vorwiegend in den Gebieten Quiché, Alta und Baja Verapaz, Chimaltenango und Sololá.

Morddrohungen erreichen Kirchenkreise

Guatemala, 5. März. Am 27. Februar besetzten rund 350 BäuerInnenfamilien die *Finca San Luis*, in El Carmen, San Marcos. Die BesetzerInnen protestierten damit gegen ihre miserablen Arbeitsbedingungen auf der Finca (sie erhalten einen Tageslohn von 3.15 Quetzales), gegen die sexuelle Belästigung, denen die ArbeiterInnen ausgesetzt sind und generell gegen die Übergriffe seitens der Fincaverwaltung und deren Sicherheitskräfte.

Sie forderten von der Regierung, 1780 der insgesamt 2860 Hektar Land aufzukaufen, zu parzellieren und unter den BäuerInnen aufzuteilen. Dabei beriefen sie sich auf Landtitel, die ihnen während der Landreform unter der Regierung von Jacobo Arbenz ausgestellt wurden. Ausserdem hätten sie 1997 bereits einmal die Finca besetzt, sie jedoch freiwillig geräumt, da der Besitzer mit einer Parzellierung einverstanden war, erklärten die BesetzerInnen.

Der Fincabesitzer, José Roberto Quintanal, beschuldigte die CNSP (vor-

mals UASP) und die Diözese von San Marcos, die BäuerInnen aufgehetzt und zur Landbesetzung angestiftet zu haben. Weiter gab er bekannt, nicht zu Verhandlungen bereit zu sein und forderte das Gericht von Malacatán, San Marcos auf, einen Räumungsbefehl auszustellen, was dieses auch machte.

Bischof Alvaro Ramazzini von der Diözese San Marcos bedauerte die Situation und rief zu Verhandlungen auf. Die Diözese berät rund 100 Familien, die um dieses Land kämpfen, juristisch.

Keine zwei Tage danach gab Ramazzini bekannt, dass er Morddrohungen erhalten habe. Er machte den Fincabesitzer und die Landwirtschaftskammer für diese Drohungen verantwortlich. Auch wenn die Drohungen nicht direkt von ihnen kämen, stifteten sie mit ihren verantwortungslosen Anschuldigungen Unruhe und Misstrauen.

An einer Pressekonferenz erklärte Ramazzini, dass weder er noch seine MitarbeiterInnen die BäuerInnen beeinflusst hätten. Diese seien an die Diöze-

se herangetreten mit der Bitte, einen Ort für mögliche Verhandlungen mit dem Fincabesitzer zur Verfügung zu stellen und die Verhandlungen zu begleiten. Weiter meinte Ramazzini, die problematische Situation auf der Finca San Luis sei kein Einzelfall, sondern im ganzen Land anzutreffen, wo die traditionell ausgeschlossene Bevölkerung wie BäuerInnen und die Indígenas für minimale Lebensbedingungen kämpften.

Weiter gab Ramazzini bekannt, dass auch sein Mitarbeiter, Juan José Aldáz, Pfarrer in der Gemeinde San José el Rodeo, Morddrohungen erhalten hat.

Auch im Quiché gab es Anschläge gegen die katholische Kirche: Bei einem Brand im Pfarrhaus der Kirche von Santa María Nebaj verbrannten am 21. Februar wichtige historische Dokumente. Laut offizieller Version war ein Kurzschluss die Brandursache. *Padre Rigoberto Pérez Garrindo* glaubt jedoch, dass es sich um einen Brandanschlag handelte gegen seine Kirche, die sich stark für die Kriegsgesopfer engagiert.

Solidarität und Protest!

Guatemala, 6. März. Die Einschüchterungsversuche und Morddrohungen gegen Personen und Organisationen, die im sozialen oder Menschenrechtsbereich arbeiten, werden jedes Mal häufiger und deutlicher. Unterdessen schafft es nur noch die guatemaltekische Regierung, zu glauben, dass es sich dabei um Einzelfälle mit krimineller Absicht handelt. Auf der ¡Fijáte!-Redaktion erhalten wir immer wieder Aufrufe, um bei der Regierung zu protestieren und die Untersuchung dieser Drohungen einzufordern. Meist sind es vorgedruckte Briefe, die nur noch unterzeichnet werden müssen. Wer interessiert ist, diese Protestschreiben per e-mail zu erhalten, soll sich bitte bei der ¡Fijáte!-Redaktion melden.

Im Folgenden Ausschnitte aus ei-

ner Presseerklärung der *Gruppe gegen-seitiger Hilfe (GAM)*, die die jüngsten zwei Drohungen in einen politischen Zusammenhang stellt:

"Die Drohungen gegen die forensischen AnthropologInnen und den Bischof von San Marcos, auf unterschiedliche Art, an unterschiedlichen Tagen und an unterschiedlichen Orten ausgeführt, stammen aus der selben Ecke, haben das selbe Ziel und verfolgen die selbe Strategie. Sowohl Bischof Ramazzini wie die FAFG und die CAFCA kämpfen für die Armen und die Familienangehörigen der Opfer der Menschenrechtsverletzungen.

Sie tangieren damit die Interessen der Machthabenden: Der Bischof diejenigen der ausbeuterischen Fincabesitzer, die forensischen AnthropologInnen,

indem sie technische Fakten liefern, welche die Beteiligung des Militärs an der Repression nachweisen.

Wir gehen davon aus, dass die Drohungen aus diesen Kreisen stammen, die wahren Jahren im Schutz der Straflosigkeit ihre Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Was uns beunruhigt, ist die Tatsache, dass diese Drohungen in einem Klima der Unregierbarkeit und Unsicherheit stattfinden. Dieses Chaos kann von den Gegnern der Freiheit ausgenutzt werden.

Wir bitten die Regierung, etwas zu unternehmen und diese Morddrohungen zu untersuchen, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Die internationale Gemeinschaft bitten wir, sich mit den bedrohten Personen zu solidarisieren".

Von UASP zu CNSP

konferenz.

Aufgrund der schwierigen Situation in der sich die Volksbewegung befindet und aus Rücksichtnahme auf die nationale und internationale Meinung beschlossen die TeilnehmerInnen der Generalversammlung, die UASP als solche aufzulösen und eine neue Struktur zu gründen. Die UASP hat sich während 16 Jahren am ArbeiterInnenkampf beteiligt.

Die neue Organisation nennt sich

Nationale Volks- und Gewerkschaftskoordination (CNSP). Laut Ortega will sie den Prinzipien der ArbeiterInnenklasse treu bleiben und verpflichtet sich ihren Mitgliedern gegenüber, die Ungerechtigkeit zu bekämpfen und die Rechte der ArbeiterInnen einzufordern.

Die drei Ausgeschlossenen haben ohne Einverständnis der GenossInnen die Organisation UASP legalisieren lassen und führen unter ihrem Namen eine Nichtregierungsorganisation weiter.

Guatemala, 23. Feb. Nach ihrer Generalversammlung vom 22. Februar gab die *Einheit für Gewerkschafts- und Volksaktionen (UASP)* eine Namensänderung und den Ausschluss dreier Mitglieder bekannt. Zur 'persona non grata' erklärt wurden die Gewerkschafter Nery Barrios, Luis Lara und Jorge Mario García, weil sie im Namen der UASP Manipulation, Verleumdung und Missbrauch betrieben hätten, erklärte der Gewerkschafter Edwin Ortega an einer Presse-

Mysteriöse Entführung des Zentralbankpräsidenten

Guatemala, 9. März. Seit dem 25. Februar kursierten Gerüchte über eine Entführung des Zentralbankpräsidenten (BANGUAT) und Notenbankchefs, Lizardo Sosa, die zwei Tage später offiziell bestätigt wurden. Am 1. März tauchte Sosa wohlbehalten bei seiner Familie auf. Sosa ist eine der einflussreichsten Personen im Wirtschaftskabinet der Regierung, obwohl er nicht der FRG angehört. Er gilt als eine integre Person, die sich nicht korrumpieren lässt.

Während der ganzen Woche wusste niemand genau, was eigentlich geschah. Die von Familienangehörigen, der Polizei und der Regierung verbreiteten Informationen waren spärlich und widersprüchlich. Auch zwei Wochen nach der Befreiung Sosa's ist nichts genaueres bekannt über die Hintergründe der Entführung und die Verhandlungen, die zur Befreiung geführt hatten.

Die Version des Zentralbankpräsidenten über seine Entführung lautet folgendermassen: Er sei auf seiner morgendlichen Jogging-Tour gewesen, als er von zwei bewaffneten Männern gestoppt und in ein Fahrzeug verfrachtet wurde. Er sei in ein Haus gebracht worden, wo er die ganze Zeit festgehalten wurde. Man habe ihn höflich behandelt, immer mit *Don Lizardo* angesprochen und auf Bitte seiner Frau die Medizin gekauft, die er einzunehmen pflegt. Er sei nichts über seine Arbeit ausgefragt worden, einzig am letzten Tag habe er

persönliche Fragen beantworten müssen, dies aber, um seiner Familie zu beweisen, dass er noch am Leben war. Am 28. Februar hätten sie ihn nach Villa Nueva gebracht und in der Nähe des Hauses einer Verwandten freigelassen.

Laut Sosa habe seine Familie die Polizei nicht eingeschaltet, man habe alle Publizität vermeiden und einzig sein Leben schützen wollen. Die Summe, die seine Familie und FreundInnen für seine Freilassung bezahlt habe, liege deutlich unter den in der Presse gehandelten zwei Millionen US-\$. Dieses Stillschweigen gab natürlich Anlass zu unzähligen Vermutungen über den Grund der Entführung. Diese Spekulationen reichten von Destabilisierungsversuchen mit dem Ziel, eine Machtverschiebung innerhalb der Regierung zu erreichen bis zu internationalen Verschwörungstheorien.

Die These, dass es sich um einen Destabilisierungsversuch bzw. um einen versuchten Staatsstreich handelte, nahm im Verlaufe der Woche immer mehr Form an. Speziell, nachdem bekannt wurde, dass zeitgleich zur Entführung Sosa's in den Militärbasen von Quetzaltenango, Huehuetenango und San Marcos ein Aufstand junger Offiziere stattgefunden hatte. Was genau diesen Aufstand ausgelöst hatte, ist ebenfalls unklar.

Der Politologe Fernando Solís hat zwei mögliche Erklärungen: Entweder die Offiziere haben sich gegen Entscheide

ihrer unmittelbar Vorgesetzten gewendet, oder gegen bevorstehende, von Präsident Portillo angeordnete, interne Versetzungen. Die andere Möglichkeit, die Solís sieht, ist ein Kräfteressen zwischen Portillo und Ríos Montt-treuen FRG-Leuten, die die jungen Offiziere dahingehend manipulierten, dass es zu einem Aufstand kam.

In diesem Zusammenhang muss berücksichtigt werden, dass es innerhalb des Militärs Kreise gibt, die unzufrieden sind mit der Ernennung von (Ex-Verteidigungsminister) Eduardo Arévalo Lacs zum Innenminister. Bei seinem Amtsantritt verkündete er, er werde gegen das organisierte Verbrechen vorgehen und die Sicherheit im Land wieder herstellen. Die Entführung Sosa's könnte in diesem Fall auch das Ziel gehabt haben, zu beweisen, dass dem nicht so ist.

Auch wenn zwei Wochen nach der Entführung die Hintergründe der Tat immer noch unklar sind, einer hat sicher davon 'profitiert': Ex-Innenminister Byron Barrientos, auf den ein Haftbefehl ausgestellt ist im Fall der Hinterziehung von 50 Mio. Quetzales aus der Staatskasse und der sich seiner Verhaftung durch einen Spitalaufenthalt bisher entziehen konnte. Während die guatemaltekische Öffentlichkeit mit der Entführung von Zentralbankpräsident Lizardo Sosa beschäftigt war, bezahlte Barrientos eine Kaution von 1.2 Mio. Quetzales und ging nach Hause...

Staatsgelder auf Konten in Panamá?

Panamá City, 5. März. Die panamaische *La Prensa* und der guatemaltekische *Siglo XXI* deckten einen weiteren Skandal auf, in den höchste guatemaltekische Politiker involviert sind: Präsident Alfonso Portillo, Vizepräsident Francisco Reyes López, dessen Sohn Juan Francisco Reyes Wyld und César Girón Barillas, Privatsekretär des Präsidenten, eröffneten in Panama und den Vereinigten Staaten dreizehn Bankkonten und verschoben seit Januar 2001 grosse Geldmengen dorthin. Weiter gründeten sie mehrere Unternehmen in Panama und eines auf den britischen Virgin Islands.

Da es Portillo und Reyes López als Präsident und Vizepräsident untersagt ist, im Ausland solche Konten zu eröffnen, übernahmen dies Strohmänner: Im Fall von Portillo sein Schwager Juan Antonio Riley Paiz, sowie César Augusto Medina Farfán, guatemaltekischer Vertreter der US-amerikanischen *Total Bank* und mitverdächtig im Fall des Ver-

schwindens der 50 Mio. Quetzales aus dem Innenministerium. Laut Angaben der beiden Zeitungen war es die Absicht, monatlich zwei bis drei Überweisungen in der Höhe von 300-500'000 US-\$ zu tätigen.

Alles deutet darauf hin, dass es sich hier um Scheinfirmen handelt, mit denen Geld gewaschen wird. Die Firmen sind als Handelsunternehmen für Ölgeschäfte gegründet worden. Bis heute haben sie noch kein einziges Geschäft abgewickelt, trotzdem fliesst Geld auf die Konten. Ausserdem erscheinen diese Unternehmen nicht auf der Liste der privaten Güter und Besitztümer im Wert von mehr als 50'000 Quetzales, die Funktionäre und staatliche Angestellte alljährlich vorlegen müssen.

Die oberste guatemaltekische Bankkommission informierte, dass ihr die Hände gebunden seien, um die Anschuldigungen zu untersuchen, da die Konten in einem andern Land eröffnet wurden. Auch die staatliche Rechnungsprü-

fungskommission darf erst einschreiten, wenn bewiesen ist, dass es sich bei den verschobenen Beträgen um Geld aus der Staatskasse handelt. Im guatemaltekischen Kongress mussten die FRG-Abgeordneten der Gründung einer Kommission zustimmen, die den Vorfall untersucht. Zwei Tage nach der Einsetzung der Kommission traten jedoch drei ihrer Mitglieder zurück, womit ihre Funktionsfähigkeit vorübergehend ausser Kraft gesetzt wurde.

Und die Protagonisten dieses Skandals? Präsident Portillo erklärte an einer Pressekonferenz, das ganze sei eine politische Kampagne gegen ihn. Er besitze keine Bankkonten auf seinen Namen in Panama (was auch stimmen mag, sind doch die Konten auf andere Namen eingetragen). Weiter kündigte er an, Klage gegen *Siglo XXI* zu erheben.

Reyes López hingegen meinte, seine Familie sei an über 50 Unternehmen beteiligt und man könne von ihm nicht erwarten, sie alle namentlich zu kennen.

Staatsgelder für FRG-Wahlkampagne

Guatemala, 26. Feb. Eine Untersuchung der guatemaltekischen Presse ergab, dass Abgeordnete der *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) im Verlauf der letzten zwei Jahre 245 Mio. Quetzales (rund 30 Mio. US-\$) aus dem *Solidaritätsfonds* und dem *Ivapaz-Fonds* abzweigten, um in auserwählten Departements Projekte zu finanzieren. Dabei geht es um Prestigeprojekte wie Fussballstadien, Gemeindesäle, etc. in Gemeinden der Departements Quiché, Sololá, Quetzaltenango, Suchitupéquez, Retalhuleu und San Marcos. Ziel dieser Aktion ist der Stimmenfang für die nächsten Wahlen, denn insgesamt leben in diesen Departements über eine Million potentielle FRG-WählerInnen.

Andere Departements wie Totonicapán, Sacatepéquez, Chimaltenango oder Alta Verapaz, in denen über 60% der Bevölkerung zu den "Armen" zählt, gingen leer aus.

Die beiden Fonds werden vom *Consejo de Desarrollo* (Entwicklungsrat) verwaltet. Normalerweise ist das Vorgehen folgendermassen: Die BürgermeisterInnen klärten die Bedürfnisse in ihren Gemeinden ab und setzten Prioritäten bezüglich der Dringlichkeit einzelner Projekte. Danach reichten sie eine Liste beim regionalen Entwicklungsrat ein, der ans

Finanzministerium weitergibt, wo sie technisch bzw. finanziell geprüft werden. Über die Bewilligung der Projekte entscheiden schliesslich die Kongressabgeordneten. Dieses Vorgehen hat jedoch zur Folge, dass es FRG-Gemeinden gibt, denen bis zu 28 Projekte pro Jahr bewilligt werden und andere Gemeinden, die keinen Rappen bekommen. Dazu kommt, dass viele dieser Projekte nicht von der Gemeinde ausgeführt werden, sondern von FRG-nahen Organisationen.

Fürs Jahr 2002 beantragten die Gemeinden beim Entwicklungsrat 1891 Infrastrukturprojekte im Bereich Gesundheit, Wasserversorgung, Schulen, Strassen. Durch die Einflussnahme der Kongressabgeordneten der FRG sind davon nun rund 550 reine "Kosmetikwerke", das heisst Projekte, die nicht im Bereich Grundversorgung liegen, sondern bloss schön aussehen.

Diese Praxis löste nicht nur bei BürgermeisterInnen der Oppositionsparteien Unmut und Protest aus, sondern auch bei solchen der FRG, die eine Gemeinde verwalten, die nicht in den begünstigten Departements liegt. Nun drohen rund 160 in der *Nationalen Vereinigung der Gemeindeverwaltungen* (ANAM) zusammengeschlossene FRG-BürgermeisterInnen mit dem Parteiaustritt, falls

sie nicht innerhalb von 90 Tagen die ihnen zustehenden Gelder erhalten. Dabei geht es nicht nur um die Finanzierung von Projekten, sondern auch um Gelder, auf die sie als Gemeindeverwaltung ein Anrecht haben.

Die *Defensoría Maya* rief die Indigenaorganisationen dazu auf, eine *Plattform des Maya-Volkes* zu bilden, um der wahlpolitischen Manipulation seitens der FRG etwas entgegenzusetzen. Das Ziel der Plattform müsse es sein, die indigene Bevölkerung dahingehend aufzuklären, dass sie diese Taktik der FRG zu durchschauen lerne und sich nicht für politische Zwecke missbrauchen lasse, erklärte Juan León von der *Defensoría Maya*.

Im Zusammenhang mit diesen Informationen hiess es auch, dass die Entlassung von Harris Whitbeck mit diesen Begünstigungen einzelner Gemeinden zu tun hatte (siehe ¡Fijáte! 253). Whitbeck sei nicht damit einverstanden gewesen, auf diese Weise Wahlpropaganda zu betreiben, schrieb die *Prensa Libre*.

Im guatemaltekischen Wahlgesetz, Artikel 223, Abschnitt "E" heisst es: "Den Parteien ist es untersagt, Gelder oder Güter des Staates für ihre Wahlkampagnen zu verwenden"...

Organisation verschwundener Kinder stellt Forderungen

Guatemala, 28. Feb. Anlässlich eines Besuchs des UNO-Sonderabgeordneten für Kinder im bewaffneten Konflikt, Olara Otunnu, übergab ihm die *Nationale Kommission zur Suche der während des bewaffneten Konflikts verschwundener Kinder* eine Liste mit Forderungen an die guatemaltekische Regierung.

Hauptforderung ist, dass die Kommission, der elf Menschen- und Kinderrechtsorganisationen angeschlossen sind, von der Regierung überhaupt anerkannt wird. Nur so könnten sie eine effektive Arbeit leisten, erklärte die Sprecherin der Kommission, Marisabel Escobar. Begründet wird diese Forderung damit, dass die Wahrheitskommission (CEH) der Regierung empfohlen hat, eine Instanz zu schaffen, deren Aufgabe die Suche der verschwundenen Kinder ist. Da die Regierung dieser Empfehlung nie nachgekommen ist, haben Organisationen der Zivilgesellschaft sich zur obengenannten Kommission zusammengeschlossen.

Weiter fordert Escobar, dass in den Schulbüchern über die Ursachen, Entwicklungen und Konsequenzen des be-

waffneten Konflikts in Guatemala berichtet wird. Der 28. Oktober soll als nationaler Tag der während des Krieges verschwundenen Kinder deklariert werden.

Otunnu wurde gebeten, sich bei der Regierung dafür auszusprechen, dass diese Schritte einleitet, damit die am Konflikt Beteiligten (Armee, Ex-PAC, Todeeschwadronen sowie die URNG) Informationen über verschwundene Kinder weitergeben. Ebenso wird die Regierung gebeten, die von der Wahrheitskommission erhobenen Daten, die zur

Lokalisierung verschwundener Kinder beitragen, zu veröffentlichen.

Nach seiner Unterredung mit Präsident Portillo zeigte sich der UNO-Abgeordnete zufrieden: Der Präsident habe sich bereit erklärt, die Kommission zu offizieren und ihr ein entsprechendes Budget zu überschreiben. ausserdem meinte er, auch wenn es schwierig sei, im Kongress ein Kinderschutzgesetz durchzubringen, bestünde eine grosse Bereitschaft aller Sektoren, sich für die Jugend einzusetzen.

Neue Ombudstelle für Arbeitsrechte

Guatemala, 27. Feb. Die staatliche *Ombudstelle für Menschenrechte* (PDH) hat eine Spezialabteilung für Arbeitsrechtsverletzungen geschaffen. Der erste Fall, mit dem sich die Stelle befasst, sind die 71 entlassenen Arbeiter der Firma *Diseños y Monatajes Electromecánicos S.A.*, die seit Ende November 2001 vor dem Präsidentenpalast protestieren.

Gonzalo Funes, Leiter des Büros, erklärte, sie würden jegliche Klage bezüglich einer Verletzung des Arbeits-

rechts annehmen und untersuchen und den ArbeiterInnen Rechtsbeistand gewähren. Wo immer, würden sie versuchen, eine friedliche Einigung zwischen Patron und ArbeiterInnen zu erreichen.

Die neue Ombudstelle trägt den Namen *Mario López Larrave*, nach einem Anwalt, der sein Wissen in den Dienst der BäuerInnen und GewerkschafterInnen gestellt hatte. López Larrave wurde 1997 umgebracht, sein Mord blieb bis heute unaufgeklärt.